



Susanne Schneider MdL

Mitglied der FDP-Landtagsfraktion Nordrhein-Westfalen
Sprecherin für Frauen, Gleichstellung und Emanzipation
Sprecherin für Gesundheit

Landtag NRW • Susanne Schneider MdL • Postfach 10 11 43 • 40002 Düsseldorf

Platz des Landtags 1
D-40221 Düsseldorf
Telefon: (0211) 884-4458
Fax: (0211) 884-3658
E-Mail: susanne.schneider-mdl
@landtag.nrw.de
Düsseldorf, 28.02.2013

Pressemitteilung

PTA-Ausbildung statt teurer Prestigeobjekte

Schneider sprach im Plenum zu den Haushaltsplänen Gesundheit und Gleichstellung

In ihren gestrigen beiden Haushaltsreden zu den Einzelplänen Gesundheit sowie Frauen und Gleichstellung kritisierte die Schwerter FDP-Landtagsabgeordnete Susanne Schneider die verantwortungslose Politik der rot-grünen Landesregierung auf Schärfste.

Im Gesundheitsetat bemängelte die Abgeordnete vor allem schwerwiegende Unverhältnismäßigkeiten. So plant die Landesregierung beispielsweise den Zuschuss zur Ausbildung der Pharmazeutisch-Technischen Assistentinnen zu streichen, was zur Folge hat, dass die Auszubildenden nun ein Schulgeld in einer Höhe von bis zu 378 Euro pro Monat zahlen müssen. Schneider sieht hier einen klaren Widerspruch in der Politik der Landesregierung: „Auf der einen Seite haben SPD und Grüne die sozialverträglichen Studienbeiträge abgeschafft, so dass künftige Ärzte und Apotheker sich an den Kosten ihrer Ausbildung nicht mehr beteiligen müssen. Dass die PTA-Auszubildenden nun auf der anderen Seite Opfer von nötigen Sparanstrengungen werden, ist aber völlig unverhältnismäßig und nicht vermittelbar.“

Ebenfalls ein Dorn im Auge ist Schneider die Stelle der Patientenbeauftragten NRW. Mit Kosten von 400.000 Euro wird hier nach Auffassung der Liberalen ein reines Prestigeobjekt der grünen Gesundheitsministerin Barbara Steffens gefördert. „Ein Bedarf für diese Stelle besteht nicht, da es genügend andere Beratungsangebote in NRW und Deutschland gibt.“, erläutert Schneider. Dies zeigt sich vor allem darin, dass es in den ersten fünf Monaten seit Bestehen der Patientenbeauftragten lediglich zu 200 Patientenkontakten kam. Auf das Jahr gesehen bedeute das 833 Euro pro Kontakt. „Wenn das unsere Hausärzte für jeden Patienten erhielten, bräuchten wir uns über den drohenden Ärztemangel wohl nicht mehr zu unterhalten.“, rechnet die Liberale vor.

Am Haushaltsbereich der Gleichstellungsmaßnahmen bemängelt die Liberale vor allem, dass sich die Mittel fast ausschließlich im ‚Emanzipationsetat‘ niederschlagen

und damit einzig der Förderung frauenspezifischer Belange gewidmet sind. „Dabei vergisst die Landesregierung offenbar, dass geschlechtsspezifische Förderung auch für Männer sinnvoll ist – etwa in der Gesundheitspolitik.“, so Schneider.